



**Ein freies Greifswald
in einer starken Region!**



**Kommunalwahlprogramm 2009
Greifswalder Bürgerschaft**

Bildung	2
Bildung braucht Vielfalt	2
Sanierung und Modernisierung.....	2
Selbständige Schulen.....	3
Hochschulstandort Greifswald	4
Kultur	4
Kultur ist Lebensqualität.....	4
Vielfältige Kulturlandschaft	4
Theater Vorpommern.....	5
Kulturelles Erbe erhalten und nutzen	5
Soziales Leben	6
Kultur- und Sozialpass.....	6
Arbeitslosengeld II und ARGE	7
Familie und Kinder	7
Senioren.....	9
Sport.....	10
Wirtschaft	11
Standort Greifswald.....	11
Tourismus	12
Gewerbeansiedlung	12
Hafen Ladebow	13
Berufliche Bildung.....	13
Wohnen	14
Stadtentwicklung.....	14
Kreisgebietsreform	15

Bildung

Bildung braucht Vielfalt

Bildung ist die Voraussetzung für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung. Die Chancen der Bürger auf Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt werden wesentlich durch Bildung bestimmt. Für die FDP ist Schulpolitik daher keine lästige Pflichtaufgabe der Stadt, sondern Herzensangelegenheit. Wir alle sind dafür verantwortlich, dass Kinder unabhängig vom Elternhaus die gleiche Chance der Bildung und Ausbildung bekommen. Gleichwohl kann die schulische Bildung die Erziehung im Elternhaus nicht ersetzen. In diesem Sinne vertritt die FDP das Konzept der Chancengleichheit, für das ein gutes öffentliches Bildungswesen unabdingbar ist. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald als Träger der kommunalen Schulen muss daher den Sanierungsstau beheben und für gute räumliche und materielle Bedingungen an ihren Schulen sorgen. Unabhängig davon sieht die FDP in Schulen in privater Trägerschaft eine sinnvolle Bereicherung des öffentlichen Bildungswesens, da der Wettbewerb der Ideen und die Vielfalt der Konzepte zu einer Verbesserung des gesamten Bildungsangebots beitragen. Der Benachteiligung von Schulen in privater Trägerschaft durch das neue Schulgesetz der Schweriner SPD/CDU-Koalition erteilen wir daher eine klare Absage und unterstützen entsprechende Initiativen.

Sanierung und Modernisierung

Die FDP setzt sich für die Sanierung und Modernisierung der Grundschulen, Horte und Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ein. Angesichts der prekären Situation an den kommunalen Greifswalder Grundschulen und der inzwischen wieder stabilen -- laut Prognosen für die nächsten Jahre sogar leicht steigenden Schülerzahlen -- ist eine Sanierung und Modernisierung der verbliebenen fünf Grundschulen innerhalb der kommenden fünf Jahre dringend erforderlich. Im Rahmen dieser Maßnahmen müssen auch neue Plätze in den Horten und Kindertagesstätten geschaffen werden. Der Bedarf an diesen Plätzen kann schon heute nicht mehr gedeckt werden und wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Daher sind Initiativen privater Träger besonders zu begrüßen.

Auf Initiative der FDP fasste bereits am 05. Mai 2008 die Bürgerschaft einen einstimmigen Beschluss, wonach die Stadt aufgefordert wurde, eine Prioritätenliste zur Sanierung und Modernisierung der Grundschulen einschließlich der dazugehörigen Sporthallen, Sportanlagen, Außenanlagen und Horte für den Zeitraum bis 2013 vorzulegen. Als die Verwaltung ihren Entwurf für den Haushaltsplan des Jahres 2009 ohne die dringend notwendige Sanierung der Greifschule präsentierte, war es die FDP, die als erste Partei Nachbesserungen verlangte und Vorschläge unterbreitete, um die Sanierung der Greifschule zu gewährleisten, ohne dass der städtische Haushalt zusätzlich belastet wurde. Angesichts der problematischen Lage an den Grundschulen sehen wir es als unsere Aufgabe an, uns auch in den kommenden Jahren konsequent für die Umsetzung der nötigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Grundschulen und Horten einzusetzen. Mittelfristig wird es darüber hinaus nötig sein, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen für alle anderen kommunalen Schulen Greifswalds durchzuführen.

Selbständige Schulen

Das öffentliche Bildungswesen braucht eine Befreiung von Verkrustungen und Reglementierungen. Durch weitgehende finanzielle, personelle und inhaltliche Entscheidungskompetenzen erhalten die Schulen mehr Gestaltungsfreiräume. Das Konzept der selbständigen Schule ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern daher, dass alle Greifswalder Schulen, die das wünschen, die Möglichkeit erhalten, sich auf der Grundlage individueller Vereinbarungen weitgehend selbständig zu verwalten. Das neue Schulgesetz stellt die Förderung jedes Kindes in den Mittelpunkt der schulischen Arbeit. Deshalb fordern wir, dass gerade den Ganztagschulen ein spezielles Budget für die Umsetzung ihrer ganztägig angelegten Schulkonzepte zur Verfügung gestellt wird. Angesichts der Greifswalder Kinder-Sozialdaten sehen wir darüber hinaus die Notwendigkeit, Hilfssysteme -- wie den Schulgesundheitsdienst, die Berufsberatung, die Schulsozialarbeit, schulpsychologischer Dienst und andere -- stärker an die Schulen zu koppeln, um Ausgrenzung von Kindern zu verhindern. Ferner setzt sich die FDP dafür ein, dass Schulen bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, insbesondere bei der sprachlichen Förderung, durch zusätzliche Angebotsformen von außerschulischen Partnern unterstützt werden.

Hochschulstandort Greifswald

Die FDP steht zum Hochschulstandort Greifswald. Seit 1456 ist die Universität prägender Bestandteil unserer Stadt. Bestrebungen zur Schaffung einer Landesuniversität, in der Greifswald nur eine Außenstelle Rostocks wäre, erteilen wir eine klare Absage. Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ist nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber, sondern aufgrund der stetig steigenden Studentenzahlen zugleich auch ein erheblicher Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Darüber hinaus bereichern die Angehörigen der Universität das kulturelle Leben Greifswalds. Daher sind die bestehenden Kontakte zwischen der Stadt und der Universität weiter zu pflegen und zu intensivieren.

Kultur

Kultur ist Lebensqualität

Für eine lebendige Stadt und eine hohe Lebensqualität ist ein attraktives Kulturangebot unerlässlich. Das kulturelle Leben gibt Greifswald sein unverwechselbares Gesicht und fördert damit die Identifikation mit der Heimat. Kulturelle Angebote sind wesentliche Bestandteile der Freizeitgestaltung, machen unsere Stadt attraktiv und sind wichtig für die Tourismuswirtschaft. Als Teil der Bildung dürfen Kulturausgaben auch in Zeiten angespannter Haushaltssituationen grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden.

Vielfältige Kulturlandschaft

Greifswald ist das kulturelle Zentrum Vorpommerns. Das Theater Vorpommern, das Pommersche Landesmuseum, die Musikschule Greifswald, der Literatursalon, das Wolfgang-Koeppen-Haus und eine Vielzahl von Vereinen, Museen, Archiven und anderen Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des geistig-kulturellen Lebens in der Region. Die FDP setzt sich für Erhalt und Ausbau dieser kulturellen Vielfalt im Interesse der Stadt ein. Liberale Kommunalpolitik steht daher für ein besonderes Bekenntnis der öffentlichen Hand zu seiner Verpflichtung, kulturelle

Einrichtungen zu schützen und zu fördern. Allerdings setzt die FDP zu diesem Zweck nicht allein auf staatliche Institutionen, sondern fordert möglichst viel Spielraum in den Bereichen privaten Engagements, Stiftungswesens und Mäzenatentums. Auch freie Träger brauchen Sicherheit, um sich weiterentwickeln zu können. Anstelle einer jährlich neu zu verhandelnden Zuwendung sollten zur besseren Planungssicherheit mehrjährige Leistungsvereinbarungen mit diesen Trägern abgeschlossen werden.

Theater Vorpommern

Von besonderer Bedeutung für die Region ist das Theater Vorpommern, dessen Eigenständigkeit gewährleistet werden muss. Hierzu gehört auch der Erhalt eines vollwertigen Theaters in seiner jetzigen Struktur. Durch Kooperation mit anderen Theatereinrichtungen der Region kann seine Ausstrahlungskraft noch erhöht werden. Pläne, wie die der rot-schwarzen Landesregierung zur zwangsweisen Fusion von Theatern und Philharmonien, lehnt die FDP entschieden ab. Initiativen zu Fusionen und Kooperationen müssen von den Bühnen und den Akteuren vor Ort kommen. Ebenso lehnen wir den Konfrontationskurs der Verwaltungsspitze und der CDU/SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft gegenüber den Mitgesellchaftern Stralsund und Rügen ab. Durch die einseitige Kündigung des Gesellchaftervertrages zum Ende des Jahres 2010 wird die Existenz des Theaters mit Schauspiel, Orchester und Ballett aufs Spiel gesetzt und droht die Degradierung zur reinen Bespielstätte sowie die Entlassung von 300 Mitarbeitern. Hier gefährdet kurzsichtiges Kirchturmspitzendenken den Status Greifswalds als Kulturhauptstadt Vorpommerns.

Kulturelles Erbe erhalten und nutzen

Greifswalds Potential wird nicht nur durch zahlreiche historische Bauwerke begründet, sondern liegt nicht zuletzt im Wirken berühmter Söhne und Töchter der Stadt: Caspar David Friedrich, Wolfgang Koeppen, Heinrich Rubenow, Hans Fallada, Sibylla Schwarz und andere. Deren kulturelles Erbe gilt es besonders zu würdigen und zu fördern, auch um es für die Außendarstellung Greifswalds zu nutzen. So unterstützt die FDP beispielsweise den Ausbau des Caspar-David-Friedrich-Zentrums in der Greifswalder

Innenstadt sowie die Helmut-Maletzke-Stiftung bei der Errichtung des Caspar-David-Friedrich-Denkmal.

Die Geschichte Greifswalds als Hanse- und Universitätsstadt ist sowohl für unser Selbstverständnis als Greifswalder Bürger als auch im Sinne des Stadtmarketings von unschätzbarem Wert. Bürgerschaftliches Engagement, das dieses Lebensgefühl trägt und uns unsere Geschichte ins Bewusstsein bringt, findet unsere unbedingte Unterstützung. Dazu gehören Initiativen wie der Museumshafen, die Greifswalder Schiffergilde, das Segelschulschiff Greif sowie der Erhalt der historischen Innenstadt, der Klosterruine Eldena und des Fischerdorfs Wieck.

Soziales Leben

Kultur- und Sozialpass

Der Kultur- und Sozialpass, kurz KUS, wurde eingeführt, um sozial benachteiligten Bürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Aus finanziellen Gründen mussten Angebote, wie zum Beispiel ein Essengeldzuschuss, zurückgenommen werden. Während Ermäßigungen beim ÖPNV durch die Inhaber des KUS genutzt werden, ist die Inanspruchnahme im Freizeitbad gering. Das führte dazu, dass Jahr für Jahr Mittel aus dem KUS-Budget an den städtischen Haushalt zurückgegeben werden mussten. Der KUS darf aber keine Alibi-Funktion haben. Aus diesem Grund hat sich die FDP in den vergangenen Jahren nachdrücklich für Veränderungen im Angebotsspektrum des KUS eingesetzt. Insbesondere befürworten wir neue attraktive Angebote für Studenten, um diese für den Hauptwohnsitz Greifswald zu gewinnen, und die Bereitstellung von Mitteln für soziale Projekte. Aber auch für Familien ist ein entsprechendes Angebot zu schaffen. In diesem Sinne sind die Gespräche mit den anderen Parteien fortzusetzen.

Arbeitslosengeld II und ARGE

Im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung wurden im Jahr 2005 Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von einer neuen Sozialleistung abgelöst, der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II). Ziel des Gesetzes war es, den Grundsatz "Fördern und Fordern" zu verbinden und Arbeitssuchende durch verschiedene Leistungen dabei zu unterstützen, einen Arbeitsplatz zu finden, um den eigenen Lebensunterhalt so schnell wie möglich wieder aus eigener Kraft bestreiten zu können. In Greifswald ist eine Arbeitsgemeinschaft aus der Agentur für Arbeit und der Stadt Greifswald, kurz ARGE, zuständig für die Genehmigung und Auszahlung von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Kosten der Unterkunft. Daher ist für die Bezieher von Arbeitslosengeld II die Qualität der Arbeit dieser ARGE, welche in der Vergangenheit häufig Anlass zur Kritik gab, von großer Bedeutung.

Bereits Ende 2007 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Bildung der Arbeitsgemeinschaften teilweise gegen das Grundgesetz verstößt. Dem Gesetzgeber wurde eine Drei-Jahres-Frist bis Ende 2010 gesetzt, um die Verwaltung neu zu gliedern. Bis zur endgültigen rechtlichen Klarstellung der weiteren Betreuung der ALG-II-Bezieher muss die Stadt als einer der Träger ihren Einfluss zur Sicherung der Qualität der Arbeit in der Behörde verstärken. Das betrifft insbesondere die Beratungstätigkeit durch die Mitarbeiter, deren Kundenorientierung zu verbessern ist, und die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Entschieden zurückgedrängt werden muss die Anzahl der fehlerhaften Bescheide der Behörde. Deren Anfechtung durch die Betroffenen hat zu einer Klageflut geführt. Auch um die Fehler der Behörde im Vorfeld eines gerichtlichen Prozesses aufzudecken und den ALG-II-Beziehern zu ihrem Recht zu verhelfen, wurde unter anderem auf Antrag der FDP die Institution des Ombudsmanns geschaffen. Dieser muss nun schnellstmöglich seine Arbeit aufnehmen.

Familie und Kinder

Die FDP hat zusammen mit anderen Parteien der Bürgerschaft im März dieses Jahres ein 10-Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt in Greifswald initiiert. Dieses Programm gilt es, in der kommenden Legislaturperiode Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung ist zu verbessern. Insofern unterstützen wir Initiativen und Möglichkeiten, die eine preisgünstige, flexiblere Betreuung von Kindern zum Ziel haben. Dabei ist bekannt, dass Greifswald im Vergleich zu anderen Gemeinden der Region zwar eine relativ gute Versorgung mit Kindergarten-/Kinderkrippenplätzen hat. Leider ist aber das Preisniveau sehr hoch. Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass weitere freie Träger die Möglichkeit erhalten, Kindertagesstätten zu übernehmen oder neu zu bauen. Dies wird für mehr Wettbewerb und für eine bessere Preisstruktur sorgen.

Die FDP unterstützt ausdrücklich die konsequente Weiterführung des begonnenen Weges zur Sanierung der Kindertageseinrichtungen. Durch das Konjunkturpaket II werden insbesondere die Kita „Zwergenland“, die Kita „Knirpsenland“, die Kita Riems und die Kita „Regenbogen“ teilweise saniert. Die Kita am Grünland wird neu gebaut. Dies sind Investitionen in die Zukunft der Stadt.

Für neugeborene Greifswalder und neu zuziehende Familien ist ein Willkommenspaket über die Stadt auszureichen. Das Paket soll neben einem Begrüßungsschreiben des Oberbürgermeisters an die neuen Bürger auch Informationen der Stadt zu familienrelevanten Themen enthalten. Die FDP fordert, dass die Gebühr für die Eintragung der Neugeborenen im Geburtenregister und im Stammbuch abgeschafft wird und stattdessen die neuen Erdenbürger mit einem Begrüßungsgeschenk willkommen geheißen werden.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist auf seine Familienfreundlichkeit zu überprüfen. Insbesondere Taktzeiten und Routen des ÖPNV sind auf die Bedürfnisse von Familien mit Schulkindern einzustellen. Hier muss die Stadt als Gesellschafter Einfluss auf die Stadtwerke in Greifswald nehmen.

Die Verkehrssicherheit und die Verkehrsplanung sind auf Familien und Kinder besser zuzuschneiden. Die Initiative zur Einführung von mehr Zebrastreifen und Fußgänger-Inseln findet die Unterstützung der FDP. Der Ausbau und die Instandsetzung von Fahrradwegen sind voranzutreiben. Dazu gehört auch das Vorhaben, die Anklamer Straße wieder beidseits für den Fahrradverkehr durchgehend zu öffnen. Greifswald ist eine Fahrradstadt.

Junge Familien erhalten derzeit einen Zuschuss, wenn sie in Greifswald Bauland von der Stadt erwerben, um Wohneigentum zu bilden. Diese Initiative führt dazu, dass der Wegzug in den Greifswalder Speckgürtel gestoppt wird und sich die Einwohnerzahl Greifswalds positiv entwickelt. Durch die steigende Einwohnerzahl erhöht sich die Zuweisung an Mitteln aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG), wodurch sich die städtischen Zuschüsse auch bei schlechter Haushaltslage finanzieren lassen. Daher fordert die FDP die Fortführung dieses Programms.

Die FDP fordert, Zustand und Anzahl der Spielplätze in Greifswald zu verbessern. Die Arbeitsgruppe zur Spielplatzplanung ist zu unterstützen. Im Rahmen der haushaltsrechtlichen Mittel sind die Spielplätze zu erweitern. Unbedingt notwendig ist es, die vorhandenen Spielplätze in ihrer Funktionalität zu erhalten.

Senioren

In Greifswald leben immer mehr ältere Mitbürger, rund ein Fünftel der Bevölkerung ist älter als 65 Jahre. Sie haben über Jahre Wertvolles zur Entwicklung unserer Stadt beigetragen. Als einen sozialpolitischen Schwerpunkt sehen wir daher die angemessene Berücksichtigung der Interessen älterer Menschen an. Aus diesem Grund hat die FDP im Jahre 2005 die Aufnahme des Seniorenbeirates in die Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald durchgesetzt. Der Seniorenbeirat ist seit dem mit weiteren Rechten und Pflichten im politischen Leben unserer Stadt verankert. Um den Seniorenbeirat in seiner Bedeutung zu stärken, sollte er zukünftig rechtzeitig und umfassend in politische Entscheidungen eingebunden werden. So könnte der Seniorenbeirat bei öffentlichen Bauvorhaben einbezogen werden, um insbesondere das Konzept der "barrierefreien Stadt" voranzutreiben.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels brauchen wir ein neues städtisches Leitbild des aktiven Alterns und der Seniorenarbeit vor Ort, wie es bereits in vergleichbaren Städten existiert. Ziel muss es sein, dass der Ruf Greifswalds als seniorenfreundliche Stadt verbessert wird. Dazu kann unter anderem der Ausbau des Netzes an Begegnungsstätten und die Förderung des Seniorensports beitragen. Zudem ist in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Altersarmut zu rechnen, was insbesondere die Sicherung bezahlbaren Wohnraums an Relevanz gewinnen lässt.

Sport

Ein breitgefächertes Angebot an Sportmöglichkeiten leistet einen wichtigen Beitrag zu Bildung, Sozialverhalten und Gesundheit. In einer Gesellschaft, die zunehmend von Vereinsamung und Isolierung geprägt ist, kann Sport die Integration und das Verantwortungsbewusstsein für sich selbst und für andere stärken. Jeder fünfte Greifswalder ist Mitglied eines Sportvereins. Dies ist die höchste Quote in Mecklenburg-Vorpommern. Darauf gilt es aufzubauen, wenn es darum geht, mehr Bürger für Sport in Vereinen zu motivieren. Gerade Kinder aus sozial schwachem Umfeld sind hier unterrepräsentiert.

Eine schwer zu füllende Lücke in die Greifswalder Sportlandschaft hat die Schließung des Instituts für Sportwissenschaften gerissen. Hierdurch gehen den Vereinen viele ehrenamtlich tätige und gut ausgebildete Übungsleiter verloren.

Zur Unterstützung des Sports in Greifswald fordert die FDP den Erhalt und die Sanierung der Greifswalder Sportstätten. Alleine aus dem Sportetat der Stadt ist dies aber nicht aufzubringen. Daher wollen wir die Eigeninitiative der Vereine fördern, ihre handwerklichen und sonstigen Fähigkeiten als Eigenleistung bei Sanierungen und Reparaturen ergänzend einzubringen. Auch das Modell des Kommunalkombilohns kann hier gewinnbringend eingesetzt werden. Dies betrifft insbesondere Vereine mit eigenen Sportanlagen. Ferner fordern wir eine kostengünstige Nutzung der Sportstätten durch die Vereine, um auch kleine und finanzschwache Vereine angemessen zu fördern. Die Vergabe von Sportfördermitteln muss korrigiert werden. Ein Teil der Fördermittel soll auf Antrag und in Absprache mit dem Sportbund für Einzelprojekte vorgehalten werden. Zudem fordern wir eine gerechte Sportförderung, bei der alle Vereine und Sportarten gleichermaßen berücksichtigt werden, was eine Spitzenförderung nicht ausschließen muss.

Wirtschaft

Standort Greifswald

Greifswald wurde im Jahre 2007 im Rahmen der bundesweiten Prognos-Studie als Aufsteiger des Jahres ausgezeichnet. Dies ist ermutigend und Ansporn, die Wirtschaftspolitik der Stadt konsequent weiterzuentwickeln. Die FDP tritt dafür ein, Greifswald als Biotechnologie- und Technologiestandort konsequent zu stärken. Das Biotechnikum in Greifswald ist ein Erfolgsmodell. Der Technologiepark (Nähe Siemensallee) ist im Entstehen begriffen. Die Stadt muss mögliche Investoren in diesem Bereich nach Kräften unterstützen.

Greifswald soll auch seine Initiative, Gesundheitshauptstadt in Mecklenburg-Vorpommern zu werden, weiter verfolgen. Insofern unterstützt die FDP die Einrichtung eines Koordinierungsrates für die Gesundheitswirtschaft. Dieser Koordinierungsrat soll Anstrengungen verschiedener Institutionen und Einzelpersonen bündeln, um Synergien herzustellen. Solch eine Synergie ergibt sich zum Beispiel für Senioren, die aus den Ballungsräumen Deutschlands kommend, ihren Lebensabend an der Ostsee verbringen wollen. Sie finden hier ein ganzjähriges Kulturangebot, medizinische Versorgung und die Urbanität einer Kleinstadt. Diese einzigartige Kombination muss für die Ansiedlungs-Werbung genutzt werden.

Die FDP unterstützt ausdrücklich das 10-Punkte-Programm zum kommunalen Klimaschutz. Dieses Programm ist auch als Motor für die Wirtschaft in Greifswald zu begreifen. Lokaler Klimaschutz ist keine Bürde, sondern Chance für die örtliche Wirtschaft. Wichtige Entwicklungsziele sind unter anderem die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, die Nutzung regenerativer Energien und eine entsprechende Verkehrs- und Radverkehrsplanung. Die Verwirklichung dieser Punkte ist eine Chance für die Wirtschaft.

Dieses Image Greifswalds als „Grüne Stadt vor den Inseln“ ist zielorientiert auszubauen und im Sinne eines Standort-Marketings zu bewerben. Die Stadt muss aufhören, auf Investoren zu warten. Sie muss vielmehr von sich heraus ein investitionsfreundliches Umfeld herstellen. Die Chancen als Technologie- und Gesundheits-Standort, für

Tourismus und Kultur sind auf internationalen Investorenmessen wie zum Beispiel der EXPO-Real zu präsentieren.

Tourismus

Greifswald braucht aus Sicht der FDP ein schlüssiges Tourismuskonzept, um am Tourismusboom in unserem Land besser teilhaben zu können. Untersuchungen haben ergeben, dass Greifswald häufig nur als „Durchfahrtsort“ gesehen und vor allem hinsichtlich kurzfristiger Übernachtungsmöglichkeiten nachgefragt wird. Gleichzeitig ist Greifswald Anlaufpunkt für Touristen an „Schlechtwetter-Tagen“. Diese Situation muss durch einen neuen, überregional ausstrahlenden Tourismus-Magneten wie beispielsweise ein Schiffsmuseum verbessert werden. Nur so können witterungsunabhängig Besucher in hoher Zahl unter anderem von den Bäderinseln in die Stadt geholt werden.

Die FDP in Greifswald setzt sich insofern unter dem Slogan „Grüne Stadt vor den Inseln“ für die Förderung eines ökologischen Tourismuskonzepts ein. So befürworten wir unter anderem eine deutliche Erweiterung des Radwegenetzes sowie eine Fährverbindung direkt vom Greifswalder Hafen zu den Inseln, um so Tagestouristen zu umwerben.

Greifswald sollte verstärkt seine touristische Attraktivität herausstellen und Angebote unterbreiten, um die vorhandenen Kapazitäten im Rahmen einer geschlossenen Außendarstellung zu bündeln. Das touristische Einzugsgebiet Greifswalds ist ganz Deutschland. Wer als Tourist in die Region kommt, muss Greifswald sofort als möglichen Ort für einen Zweit- oder Alterswohnsitz wahrnehmen. Auch hierin liegt die Bedeutung des Tourismus für unsere Stadt.

Gewerbeansiedlung

Die FDP fordert weiterhin, konsequent Industrie- und Gewerbegebiete auszuweisen und bereitzustellen, wie dies beispielsweise beim Industrie- und Gewerbegebiet „Herrenhufen Süd“ geschieht. Hier sind Mittel über das Konjunkturpaket I eingeworben worden. Das Gebiet „Herrenhufen Süd“ schließt rückwärtig die Lücke zwischen

Technologiepark und „Helmshäger Berg“ und lässt damit Greifswalds größtes, zusammenhängendes Industrie- und Gewerbegebiet entstehen.

Die Greifswalder FDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Gewerbesteuern nicht erhöht werden. Es ist im Gegenteil zu prüfen, ob eine Reduzierung der Gewerbesteuer nicht insgesamt zu einer Erhöhung des Aufkommens aus der Gewerbesteuer führt. Eine sich vom Umland abhebende niedrigere Gewerbesteuer ist Anreiz für Unternehmen hier in Greifswald zu investieren.

Hafen Ladebow

Der Komplex „Industriehafen Ladebow“ verzeichnet seit Jahren eine rückläufige Entwicklung im Hinblick auf die Umschlagszahlen. Es gibt keine erkennbare Tendenz einer signifikanten nachhaltigen positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Andererseits verfügt das Hafensareal über eine erstklassige Lage, direkt am Ufer der Dänischen Wieck mit Blick auf Rügen. Die Entwicklung eines Stadtteils mit Potenzial an der Ostsee bietet eine Zukunftschance für Greifswald. Dies muss unter Abwägung aller finanzwirtschaftlichen Aspekte, wie z.B. einer möglichen (Teil)-Rückforderung von gezahlten Subventionen und Fördermitteln, zügig, seriös und undogmatisch auf alternative Nutzungsmöglichkeiten hin geprüft werden. Dafür setzt sich die FDP ein.

Berufliche Bildung

Berufsausbildung ist neben Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung eine der zentralen Säulen der beruflichen Bildung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Berufliche Bildung ist ein Prozess lebenslangen Lernens, von der frühen Kindheit bis in das höhere Alter. Diese Wege mit Übergängen, neuen Richtungen und Inhalten, die sich an der regionalen Wirtschaft orientieren, zu begleiten, ist Aufgabe der Politik unserer Stadt. Daher sollte die Stadt verstärkt den Dialog mit Betrieben, Schulen und berufsbildenden Dienstleistern suchen und regelmäßig zu Rahmengesprächen einladen, um die Weichen für die weiteren Entwicklungen zu stellen.

Ausbildung auf qualitativ hohem Niveau, wie sie die Unternehmen und Betriebe der Region benötigen, wird gegenwärtig immer schwieriger, da in den nächsten Jahren

zunehmend weniger Ausbildungsbewerber zur Verfügung stehen. Daneben wandern immer mehr junge Menschen in andere Regionen ab und gehen für unsere regionale Wirtschaft verloren. Diese Entwicklung hat schwerwiegende Folgen, die vielfach erst in einigen Jahren spürbar werden. Die FDP fordert die Stadt auf, eine Ausbildungskampagne zu führen, um genügend qualifizierte Bewerber für unsere Region zu finden. Hierbei ist auch auf die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn zu setzen, um grenzüberschreitende Lösungen zu erarbeiten.

Wohnen

Die Universität- und Hansestadt Greifswald ist alleiniger Gesellschafter der örtlichen Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Greifswald (WVG). Dieses Unternehmen hat mit dafür Sorge zu tragen, dass der Grundsatz der kommunalen Daseinsfürsorge mit Leben erfüllt wird. Ein angemessener Anteil an WVG-Wohnungen ist für sozial Bedürftige vorzuhalten. Über den Punkt der kommunalen Daseinsfürsorge hinaus soll die WVG jedoch als leistungsstarkes und innovatives Unternehmen erhalten bleiben und weiterentwickelt werden, ohne privaten Vermietern unnötig Konkurrenz zu machen. Wo sich ein vielfältiger Markt von Anbietern und Nachfragern etabliert, hat die Kommune ihr wirtschaftliches Engagement zu reduzieren.

Stadtentwicklung

Im Jahr 2002 wurde das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Stadtumbau Ost“ erarbeitet und von der Bürgerschaft beschlossen. Seit dem erfolgt die Fortschreibung des ISEK anhand aktualisierter Bevölkerungs- und Wohnraumprognosen. Ziel des Programms ist es, den Wohnraumbestand am Bedarf auszurichten, das Wohnumfeld zu verbessern, die Infrastruktur auszubauen und Räume mit wirtschaftlichem Potenzial gezielt zu erschließen und zu entwickeln.

ISEK ist wichtiger Bestandteil der städtebaulichen Planung in Greifswald und daher kontinuierlich fortzuentwickeln. Bei der Umsetzung des ISEK leistete die WVG einen wesentlichen Beitrag und wurde so ein wichtiges Instrument bei der Realisierung

stadtplanerischer Vorgaben. Der städtische Einfluss auf die WVG ist in diesem Sinne aufrecht zu erhalten.

Kreisgebietsreform

In den Jahren 1992 bis 1994 wurde in Mecklenburg-Vorpommern die letzte Gebietsreform vollzogen. Man konzentrierte sich auf den Zuschnitt der Kreise, ohne die bereits damals längst reformbedürftigen Gemeinden zu beachten. Mittlerweile gehören die Gemeinden unseres Bundeslandes zu den organisatorisch und finanziell schwächsten in ganz Deutschland. Allein dieser Umstand ist bereits Grund genug, eine landesweite Gebiets- und Funktionalreform anzugehen. Aber es gibt weitere Gründe: Die Organisation der Landesverwaltung ist nicht zweckmäßig. Sie ist bei den unteren Landesbehörden durch eine Vielzahl von Sonderbehörden und durch Kleinteiligkeit geprägt. Zudem nimmt die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns kontinuierlich ab. Mit dieser Abnahme verringern sich auch die Einnahmen aus Steuern und Finanzaufweisungen: das Land verliert so Einnahmen in Höhe von etwa 2.300 Euro pro Einwohner und Jahr. Gleichzeitig werden die Gelder aus dem Solidarpakt II bis zum Jahr 2019 abschmelzen und auslaufen, was die finanzielle Situation großer Landstriche ständig schwieriger werden lässt. Obendrein ist die wirtschaftliche Entwicklung des Landes insgesamt unbefriedigend.

Vor diesem Hintergrund hält die FDP eine Reform des Gebietszuschnitts und der Aufgabenverteilung für dringend erforderlich, um das Land und die Kommunen verwaltungsorganisatorisch und fiskalisch für die Zukunft zu wappnen. Doch die krampfhaften Versuche der Landesregierung, ihre Vorstellung gegen heftigen Widerstand von Bürgern und Gemeinden durchzudrücken, sind der falsche Weg. Bereits der erste Versuch einer Gebietsreform aus dem Jahre 2006 scheiterte vor dem Landesverfassungsgericht. Und so wie es einst dem Gesetz der SPD/PDS-Regierung erging, wird es im Ernstfall auch den neuerlichen Vorstößen von SPD und CDU ergehen. Denn Wesensmerkmal kommunaler Selbstverwaltung ist nicht nur rationelle Aufgabenerfüllung, sondern auch bürgerschaftlich-demokratische Entscheidungsfindung. Das bedeutet, dass die zukünftigen Kreise so gestaltet sein müssen, dass es den

Bürgern möglich ist, sich nachhaltig und zumutbar auf ehrenamtlicher Basis in den politischen Prozess einzubringen. Dieses Erfordernis erfüllte schon das „Fünf-Kreise-Modell“ der rot-roten Regierung nicht. Beim „6+2-Modell“ der derzeitigen rot-schwarzen Regierung sieht das nicht anders aus. Beide Vorschläge lehnt die FDP Greifswald daher aufgrund prinzipieller Überlegungen ab.

Eine Umsetzung des Modells von SPD und CDU hätte zudem fatale Auswirkungen auf unsere Stadt. Nach dem Willen der Herren SELLERING und CAFFIER soll Greifswald im Zuge der Gebietsreform seine Freiheit verlieren und mit den Landkreisen Ostvorpommern, Uecker-Randow und Teilen Demmin zu einem Großkreis namens „Süd-vorpommern“ fusionieren. Kreissitz solle Anklam und nicht Greifswald werden. Durch dieses Vorhaben ginge Greifswald in einem hochverschuldeten und wirtschaftlich schwachen Großkreis unter. Das wäre das Ende Greifswalds als Leuchtturm der Region.

Dabei haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht: Der Bevölkerungsschwund der Nachwendejahre konnte gestoppt werden, die Einwohnerzahl steigt langsam und stetig an. Insbesondere junge Menschen zieht es nach Greifswald, was uns zur zweitjüngsten Stadt Deutschlands macht. Aber auch immer mehr ältere Bundesbürger entdecken unsere Region als attraktiven Alterswohnsitz. Das Wirtschaftswachstum liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt und weit über dem Mecklenburg-Vorpommerns. Dienstleistungs- und Technologieorientierung ließ die Zahl der Beschäftigten ansteigen und die Arbeitslosenquote deutlich sinken. Greifswald ist der Standort mit der bundesweit stärksten Spezialisierung in den „Zukunftsbranchen“. Zahlreiche Patentanmeldungen, viele Beschäftigte in Forschung und Entwicklung sowie Investitionen der Unternehmen bringen dies zum Ausdruck. Der Erhalt unserer Universität als vollwertige Hochschule sicherte diesen Verlauf ebenso ab wie das Handeln der Stadt: die Gründung und Ansiedlung von Gewerbe wird unterstützt, die Infrastruktur ausgebaut und die städtische Verschuldung reduziert. Diese positive Entwicklung hat Greifswald nach der Prognos-Studie zu „Deutschlands Aufsteiger Nr. 1“ gemacht. Dieser Erfolgskurs steht nun auf dem Spiel.

Aufgrund prinzipieller Überlegungen und im Interesse unserer Stadt lehnt die FDP Greifswald daher die geplante Kreisgebietsreform ab. Wir fordern stattdessen die Bildung eines „Stadtkreises Greifswald“ durch Eingemeindung des Greifswalder Umlandes. Durch einen „Stadtkreis Greifswald“ wird dem Prinzip effektiver

Aufgabenerfüllung bei maximaler bürgerschaftlicher Beteiligung vollständig Rechnung getragen. Gleichzeitig kann Greifswald seinen Erfolgskurs weiter beschreiten. Wir bleiben Leuchtturm der Region zum Wohle der Region. Daher kämpft die FDP Greifswald für: **Ein freies Greifswald in einer starken Region!**

Sie erreichen uns unter:

FDP Greifswald

Postfach 33 64

17463 Greifswald

info@fdp-greifswald.de

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage:

www.fdp-greifswald.de

So erreichen Sie uns:
FDP Greifswald
Postfach 33 64
17463 Greifswald
info@fdp-greifswald.de
www.fdp-greifswald.de